



Empfänger:

Datum:	07.03.2019
Zahl:	98/131-9/2/2019

(Bei Eingaben bitte Geschäftszahl anführen!)

Auskünfte:	Dorothea Fischer
Telefon:	04224 81888 22
Fax:	04224 81888 4
e-mail:	poggersdorf@ktn.gde.at

Betreff: Napetschnig Justine und Kurt, Bausache;
Errichtung eines Einfamilienwohnhauses und Errichtung eines Carports;

KUNDMACHUNG

Herr Kurt Napetschnig und Frau Justine Napetschnig haben mit der Eingabe vom 05.02.2019 um die Erteilung der Baubewilligung für die

- **Errichtung eines Einfamilienwohnhauses und die**
- **Errichtung eines Carports**

in Poggersdorf auf dem Grundstück Nr. 440/1 KG Pubersdorf (72156) angesucht.

Der Bürgermeister der Marktgemeinde Poggersdorf ordnet hierüber gemäß den Bestimmungen des § 16 der Kärntner Bauordnung 1996, eine mit einem Ortsaugenschein verbundene mündliche Verhandlung für

Dienstag, den 19. März 2019 um 08:30 Uhr

an.

Die Kommission tritt an Ort und Stelle zusammen - Poggersdorf, 1.Maistraße

Sie werden als Beteiligte/r eingeladen, unter Mitnahme dieser Ladung zur Verhandlung persönlich zu erscheinen oder einen eigenberechtigten Vertreter zu entsenden. Die Vertreter haben sich mit einer ordnungsgemäßen Vollmacht auszuweisen.

Von den Teilnehmern an der mündlichen Verhandlung vorbereitete schriftliche Erklärungen müssen nach § 44 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 bei der Verhandlung verlesen werden, um als wirksame Erklärung in die Verhandlungsschrift aufgenommen zu werden. Die dem Bauansuchen zugrunde liegenden Pläne, Berechnungen und Beschreibungen liegen beim Gemeindeamt Poggersdorf, Bauamt - 1 Stock, während der Amtsstunden zur Einsicht durch die Beteiligten auf.

Die Kundmachung hat zur Folge, dass nach § 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 i.d.g.f. Einwendungen, die nicht spätestens am Tage vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde oder während der Verhandlung selbst vorgebracht werden, keine Berücksichtigung finden und mit Ablauf dieser Frist alle Rechte, die an die Parteistellung anknüpfen, entfallen.

Gemäß § 42 Abs.3 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 i.d.g.F. kann eine Person, die glaubhaft macht, dass sie durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben, und die kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache bei der Behörde Einwendungen erheben. Solche Einwendungen gelten als rechtzeitig erhoben und sind von jener Behörde zu berücksichtigen, bei der das Verfahren anhängig ist.

Versäumt derjenige, über dessen Antrag das Verfahren eingeleitet wurde, die Verhandlung, so kann sie entweder in seiner Abwesenheit durchgeführt oder auf seine Kosten auf einen anderen Termin verlegt werden. Im Falle der Verhinderung des Antragstellers aus wichtigen Gründen wird daher um sofortige Mitteilung an die Baubehörde ersucht, um allenfalls den Termin verschieben zu können.

Für den Bürgermeister:

Der Referent:



Heinrich Marketz, I. VzBgm.